

# **Haushaltsrede für das Jahr 2016 am 15. Dezember 2015**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wer eine Haushaltsrede vortragen möchte, wird sich mit Begebenheiten und Sachverhalten aus dem nun auslaufenden Jahr befasst haben. Dabei gilt es grundsätzlich, Ereignisse und Entscheidungen zu bewerten, aber auch Zukunftsprognosen aufzustellen, die sich in der Nähe der Realität bewegen. Visionen darf wohl jeder Mensch haben und können durchaus in der Politik von Nutzen sein, wenn es nicht von vornherein nur Wunschvorstellungen sind. Ich könnte ca. 95 Prozent der letzten Haushaltsrede vortragen und ein paar Zahlen verändern, wenn nicht noch zusätzliche Probleme zur Zeit und auch noch langfristig zu bewältigen wären. Ich teile daher die Meinung eines geschätzten und klugen Menschen nicht, der einmal gesagt hat: „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.“.

Die Politik wird mit Sachverhalten und Ereignissen konfrontiert, die noch vor Monaten nicht für möglich gehalten wurden.

Deshalb sind Einschätzungen mit äußerster Vorsicht zu genießen, weil es Zeitgenossen gibt, die es ja schon immer besser wussten und Anderen fehlende Weitsicht unterstellen.

Wer will schon im Dezember 2015 – wenn er ernst genommen werden will –

voraussagen, was bis Dezember 2016 so alles geschehen wird? Visionen ja!  
Großzügige Ankündigungen: nein danke!

Wenn ich diese allgemeine Betrachtungsweise nun etwas zur Seite lege und mich den Ereignissen in unserer Heimatstadt Eschweiler und im Umkreis zuwende, stelle ich bei näherer Betrachtung fest, dass die an Mitgliedern stärkste Fraktion bezüglich ihrer Prognosen ein sehr sportliches Verhalten an den Tag gelegt hat und wohl weiter legen wird. Dies wird sicherlich nicht nur allein daran liegen, dass der Vorsitzende des Stadtsportbundes die politische Seite gewechselt hat und seine neuen Kolleginnen und Kollegen noch stärker motiviert. Die unrealistischen Prognosen und Zukunftsaussichten wurden ja von der Mehrheit schon vorgetragen, als dieser sich noch mit realistischen Denkprozessen in einer anderen Fraktion auseinandersetzte.

Auch wenn die Menschen in Eschweiler als weltoffen, lustig und überaus freundlich gelten, so müssen wir auch in unserer Karnevalshochburg, die wir ja alle mögen, gelegentlich ein wenig Ernsthaftigkeit einfließen lassen, damit wir unsere Fröhlichkeit auf Dauer auch behalten können und mit weniger Vollmundigkeit viele Frustrationen vermeidbar machen. Sportlich fröhlich und auch heiter nach dem Motto „und so weiter“ erleben wir seit Jahren überhebliche Vorgaben der Ratsmehrheit, die sich bei einer in der Presse veröffentlichten Zwischenbetrachtung als Rohrkrepierer bzw. als Absichtserklärungen darstellten, weil Realismus noch nie die Stärke der Genossen war.

Man braucht keine hellseherischen Fähigkeiten, wenn man wachsende Sozialausgaben als Realität in seine Überlegungen einbezieht. Das ist ein allgemeines und daher nicht nur auf Eschweiler wirkendes Problem. Haushalte auf Kante stricken und ständig überplanmäßige Ausgaben auf die Tagesordnung setzen, bringt uns nur bei der Haushaltsaufstellung

augenblicklich und nur augenscheinlich weiter.

Was wir aber innerhalb und außerhalb dieses Raumes zukünftig erheblich mehr bedenken und durchdenken müssen, ist die Frage, ob wir jedes sich bietende Töpfchen ausschöpfen müssen, um Änderungen oder Erneuerungen durchzuführen.

Bei unserer prekären Haushaltssituation, die sich so schnell nicht positiv verändern wird, können wir nicht ständig in augenscheinlich schöne Projekte einsteigen, weil wir aus unserem Haushalt dafür nur relativ wenig beisteuern müssen. Schon lange realisieren wir nicht zwingend notwendige Projekte, nur weil Bund oder Land erhebliche Zuschüsse einbringen. Der Satz von Bürgermeister Bertram: „Ich will unsere Stadt nicht kaputt sparen“ wird aus CDU-Sicht immer bedenklicher, weil wir zum Jahresabschluss keine bessere, sondern eine schlechtere Kassenlage haben. Wir müssen dringend prüfen:

1. Was erlauben wir uns?
2. Was können wir uns erlauben?
3. Was dürfen wir uns zukünftig noch erlauben?

Unsere Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Land sollten sich ernsthaft mit der Frage befassen, wofür wir zukünftig unser gemeinsames Steuergeld ausgeben, weil wir jeden Euro auch nur einmal ausgeben können. Wenn wir also nicht nur betriebswirtschaftlich, sondern auch volkswirtschaftlich denken, dann wäre der städtische Anteil, der in die Marktgestaltung einfließt, wohl besser in zwingend notwendige städtische Aufgabenbereiche geflossen. Natürlich wird man die verbesserten Nutzungsmöglichkeiten z.B. unseres Marktes besonders bei Besuchen von Veranstaltungen als schön empfinden. Insbesondere die schöne Freitreppe wird ins Auge springen und die Nutzer begeistern. Menschlich völlig verständlich. Schönheit kommt bekanntlich

aber von innen, und deshalb sollten wir zukünftig verantwortungsvoller mit den in unserer Verantwortung liegenden Ausgaben umgehen. Bleibt unter dem Strich die Feststellung: Das Machbare ist nicht immer notwendig! Wir strapazieren unsere Haushaltssituation immer extremer. Wer davor seine Augen verschließt, handelt nicht zukunftsorientiert, sondern kurzsichtig.

Ist es nicht auch merkwürdig, dass umliegende Städte – z. B. bei der Blausteinsee-GmbH – zumindest indirekt über städtische Steuergelder entscheiden? Das deswegen, weil die Blausteinsee-GmbH seit längerer Zeit eine Farce ist, ständig Unterstützung aus unserem Haushalt bekommt und die vermeintlichen Gesellschafter, die nicht im Traum daran denken, hier ihren notwendigen Beitrag zu leisten, auch noch nach den rechtlichen Bestimmungen gefragt werden müssen, ob unser städtisches Geld in diesen maroden Laden einfließen darf. Die generöse und überaus freundliche Zusicherung der Gesellschafter, erst dann auf die Gewinne der Blausteinsee GmbH zugreifen zu wollen, wenn die Belegenheitskommune – also unsere Heimatstadt – ihr eingebrachtes Stützungsgeld wieder auf dem Konto hat, ist nahezu unglaublich, und weil der 11.11. ja auch die fünfte Jahreszeit einläutet, würde eine anwesende Kapelle zu dieser Feststellung sicherlich einen Tusch spielen.

Die Kämmerei rechnet fest mit Gewinnausschüttungen des städtischen Wasserwerks. Für das Jahr 2014 sind in diesem Zusammenhang € 450.600, für 2015 sogar € 600.000 und für die Folgejahre jeweils € 463.150 als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung veranschlagt.

Die Städtische Wasserwerk Eschweiler GmbH schließt für das Jahr 2014 mit einem Verlust in Höhe von ca. € 590.000 ab. Das Jahr 2015 sieht nicht besser aus. Der anhaltend schlechte Kurs der RWE Aktie lässt sogar noch

ein schlechteres Ergebnis vermuten. Der Kämmerer rechnet also mit Gewinnen beim Wasserwerk und das auf Jahre. Der Rheinländer weiß: 3x0 bleibt 0. Woher sollen die geplanten Gewinnausschüttungen denn kommen, wenn nicht mit einem Gewinn zu rechnen ist? Das ist Zauberei.

Wenn ich nun mit der gebotenen Vorsicht die Ergebnisse und Ereignisse bei unserem Sorgenkind WBE beleuchte, so verbieten es die geltenden Vorschriften, aber auch der notwendige Schutz für die dort arbeitenden Menschen, hier das zu sagen, was eigentlich gesagt werden könnte bzw. müsste. Ich wage mich aber nicht zu weit vor und übertreibe auch nicht, wenn ich feststelle, „so durfte es nicht kommen und so darf es auch nicht weitergehen“. Kein vernünftig und sachlich denkender Mensch – und Politiker sind nebenbei gesagt auch noch Menschen, obwohl das häufig besonders an Theken bestritten wird – wird glauben, diese 100%-ige Tochter unserer Heimatstadt in nächster Zukunft mit schwarzen Zahlen erleben zu können. Das wären mehr als zweifelhafte Visionen, die dann – wie sagte der bekannte Politiker noch – ärztlicher Behandlung bedürfen. Aber, und das darf man an dieser Stelle auch nicht vergessen, dass ein junger und zielorientierter Politiker kürzlich noch die Feststellung getroffen hat: rote Mehrheit = rote Zahlen, schwarze Mehrheit = schwarze Zahlen. Wenn auch selbst mit geändertem Verhalten keine kurzfristig erheblichen Verbesserungen bei den sich stellenden Aufgaben zu erwarten sind, so hat er für sich wohl grundsätzlich die Feststellung getroffen, dass Brötchen erst gegessen werden können, wenn sie gebacken sind. Und an unseren Problemen, meine Damen und Herren, werden wir noch lange herumdoktern und vielleicht auch backen müssen, wenn wir uns dem von der SPD selbst ausgegebenen sehr sportlichen Ziel, irgendwann eine schwarze Null zu erreichen, auch tatsächlich annähern wollen. Dieser jetzt zur Verabschiedung stehende Haushalt bringt nicht die prognostizierte schwarze Null, sondern eine erhebliche Verschlechterung. Die Angaben über unser Haushaltsloch

sind ja fließend, 10,5 Mio., dann 9,4 Mio. Euro. Wer weiß schon, welche Zahl morgen gilt?

Die Opposition erfährt ja vieles kurzfristig aus der gut informierten Heimatpresse und hätte nach der Sachverhaltsbeschreibung in einer Angelegenheit oder besser gesagt Begebenheit durchaus fast einen gravierenden Fehler mitgetragen, wenn ein Pressebericht nicht auf kuriose Begebenheiten und verlorene Prozesse hingewiesen hätte, aber die Sachverhaltsbeschreibung von einer problemlosen Beschlussfassung ausging. Politiker können nicht jeden Zusammenhang kennen und sind darauf angewiesen, von der Verwaltung eine optimale Unterrichtung zu erfahren. Verlorene Prozesse sind Fakten, die unabdingbar vorgetragen werden müssen - auch wenn das weh tut.

In dem Zusammenhang wäre es übrigens zweckdienlich – meine Damen und Herren der SPD - wenn sie die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung auch öfter mal kritisch hinterfragen, weil nicht jeder Beschlussvorschlag auch zwangsläufig ein guter sein muss.

Der damalige Landrat Meulenbergh hat einmal in einer öffentlichen Sitzung gesagt: „Für das Wohl der Bürger gehen wir bis an den äußersten Rand der gesetzlichen Vorschriften.“ Dieses löbliche Verhalten finden wir dankenswerter Weise ja auch gelegentlich hier in Eschweiler, wenn schwierige Vorhaben, die auch abgelehnt werden könnten, doch noch ihre wie auch immer positive Erledigung finden. Dafür kann und muss man durchaus dankbar sein, dass auch in schlechten Zeiten Wege und Mittel gesucht werden, dem persönlichen aber auch dem Gemeinwohl dienlich zu sein. Aber – und das sage ich hier auch mit der notwendigen Deutlichkeit – durfte es und darf es auch zukünftig nicht mehr vorkommen, dass Gerichtsurteile negiert und den politischen Gremien und letztendlich dem Rat

(ich sage es vorsichtig) vorenthalten werden.

Ich lese gerne wie viele andere in diesem Raum auch insbesondere die gelegentlich vorzüglichen und manchmal etwas süffisanten Kommentare und Informationen in der Heimatpresse. Diese bereichern das morgendliche Frühstück und können auch den Tag verschönern, je nach Inhalt auch verschlechtern; aber die Reihenfolge für unsere Ratsarbeit muss zukünftig unbedingt wieder lauten: Vorlegen, Beraten, Beschließen und dann hoffentlich erfreut der Presse mitteilen. Wenn es anders bleibt, brauchen wir keine Vorlagen mehr, sondern nur noch ein Stündchen Zeit für die Zeitungslektüre. Unsere vielleicht dann noch gewünschte Fraktionsmeinung können wir dann auf elektronischem Weg ins Rathaus schicken.

Wer kann und möchte schon die Flüchtlingsproblematik ausblenden? Hier kommen an Leib und Leben bedrohte Menschen in unseren Lebenskreis, die erwarten dürfen, hier menschlich behandelt zu werden. Im Namen der CDU-Fraktion danke ich Ihnen, Herr Bürgermeister Bertram, stellvertretend für alle Bediensteten unserer Verwaltung, für die intensive, aufopferungsvolle und menschliche Behandlung. Wer sich unter widrigen Umständen allein oder mit seiner Familie auf einen langen Weg macht, um Ruhe und Schutz vor Bombardierungen zu finden, darf sich in Eschweiler (wenn auch meistens nur für kurze Zeit) beschützt und aufgehoben fühlen, weil wir hier Gott sei Dank mit wenigen Ausnahmen hilfsbereite und menschlich handelnde Bürgerinnen und Bürger haben. Dazu trägt auch unsere Heimatpresse bei, die mit ihrer Berichterstattung über das Leid dieser Menschen, aber auch über die damit verbundenen Probleme unserer Stadt sachlich und fundiert informiert. Wir werden noch lange mit diesen unsäglichen Problemen leben müssen und brauchen dafür weiterhin die vielen ehrenamtlichen Kräfte, denen an dieser Stelle ein aufrichtiges Dankeschön zu sagen ist. Wir können dies auch nicht alleine lösen und erwarten direkte nachhaltige Hilfe von Bund und Land, damit die uns übertragenen Aufgaben erledigt werden können. Wir brauchen

keine wiederkehrenden Reden, sondern zwingend an unseren Gesetzen orientierte Regelungen, dann bin ich sicher, dass wir hier in Eschweiler hilfsbereit und menschlich bleiben.

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir brauchen auch hier in Eschweiler deutlich verbesserte Grundlagen und zielorientiertes Denken. Nur mit dem Finger auf Andere zu zeigen, bringt bekanntlich nichts. Darauf habe ich bei vielen Gelegenheiten und auch in meiner letzten Haushaltsrede hingewiesen, weil auch andere Haushalte z.B. beim Landschaftsverband und bei der Städteregion ständig Verschlechterungen aufweisen. Auch hier stellt sich jährlich wiederkehrend die Frage: „Woher nehmen und nicht stehlen?“.

Sozialausgaben sind auch hier das beherrschende Thema, wobei die von uns allen gewünschte notwendige Inklusion mit den damit verbundenen Kosten Berücksichtigung finden muss. Auch hier sind es Menschen, die unabdingbar Anspruch auf unsere Aufmerksamkeit und zweckdienliche Entscheidungen haben. Allerdings, und das habe ich bei mehreren Veranstaltungen gehört, ist die Inklusion leider nicht auf gutem Wege. Da nutzen auch Sonntagsreden aus der Landespolitik nichts.

Weil fehlende Benehmensherstellungen aus Sicht des Städteregionsrates zu beklagen waren, hat er frühzeitig eine Strukturreform angekündigt und bei seiner Vorlage erschrockene Gesichtszüge bei den Politikern ausgelöst. Ja, meine Damen und Herren, wer ständig anklopft, muss damit rechnen, dass plötzlich jemand die Tür aufmacht und Fragen stellt.

Das Klima unter den Parteien bei der Städteregion ist gut. Auch hier werden kontroverse Debatten mit süffisanten Anmerkungen geführt; das gehört auch

dort zum politischen Tagesgeschäft. Aber wie gesehen, hat man hier nach guter alter Sitte gehandelt: „ Der Weg ist das Ziel.“ Und diesen Weg haben die Fraktionen auf Augenhöhe bei vielen gemeinsamen Sitzungen beschritten und dabei Zukunftspläne geschmiedet, an denen auch ich mitwirken durfte. Dort werden nicht alle von Herrn Städteregionsrat Etschenberg vorgeschlagenen Einsparungen in Höhe von 48,5 Mio. Euro, aber immerhin beachtliche 30 bis 40 Mio. Euro je nach Ergebnis der noch ausstehenden Prüfaufträge erreicht. So erledigt man Hausaufgaben, die dann auch nach unten ihre Wirkung nicht verfehlen. Auf solche Ideen der gemeinsamen Überlegungen kommen unsere Kolleginnen und Kollegen der SPD hier natürlich nicht, weil satte Mehrheiten auch zu Überheblichkeiten führen, die sich hier in Eschweiler eigentlich seit Jahren schon kein Mensch mehr erlauben kann. Wortreich wurde jahrelang auf die bei der Städteregion vorhandene Rücklage hingewiesen. Diese 60 Mio. Euro sind in den letzten fünf Jahren zur Entlastung der angehörigen Städte und Gemeinden aufgebraucht worden. Auch wurde immer gerne auf die sogenannten freiwilligen Ausgaben der Städteregion hingewiesen, die es ja auch in Eschweiler gibt. Ob nun gesetzlich oder freiwillig: meine Damen und Herren der SPD, wichtig ist, für was man Geld ausgibt. Und darüber habe ich ja eingangs schon hoffentlich nachhaltig gesprochen. Ein kleiner Hinweis sei mir aber noch gestattet. Die freiwilligen Ausgaben sind bei der Städteregion mit 1,36 % vom Gesamthaushalt relativ gering, wenngleich wie gesagt grundsätzlich alle Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen sind. In Eschweiler betragen diese Ausgaben allerdings mit 3,3 % mehr als doppelt so viel. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

Meine Damen und Herren,

Vorhaltungen, die CDU sei nicht christlich und die SPD nicht mehr sozial, müssen relativiert werden. Das christliche Denken habe ich

soeben mit den Entscheidungen zur Strukturreform vorgetragen. Das doch noch gelegentlich auftauchende soziale Gewissen der SPD entnahm ich vor Wochen unserer Heimatpresse, als dort zu lesen war, dass die Fraktionsvorsitzende der SPD wieder das Ergebnis der letzten Kommunalwahl zurecht gerückt hat und in die Reihen der CDU getreten ist. Bei uns können ja alle demokratisch denkenden Menschen einen Platz finden, auch wenn ich Frau Kollegin Leonhardt noch nicht in unserem Leistungsverzeichnis aufführen konnte.

Die von den Kollegen der Bündnis 90 / Grünen gewünschte Arbeitsgruppe für den Strukturwandel findet unsere uneingeschränkte Zustimmung, weil die feststellbaren und zu erwartenden überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenzahlen.

insbesondere mit Blick auf die Zukunft zwingend bearbeitet werden müssen. Viele wohlmeinende und sachverständige Redner haben uns bei Neujahrsempfängen mit unseren Zukunftsaussichten konfrontiert. Das Motto: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“ müsste eigentlich auch hier im Stadtrat inzwischen bei der Mehrheit zu der Überlegung führen, dass nicht die Allgewalt die Zukunft befördert, sondern dass auch andere Menschen – nicht zuletzt hier im Rat unserer Stadt – gute Ideen haben. Nicht mit den Fingern auf Andere zeigen! Jetzt haben sie die Gelegenheit, meine Damen und Herren von der SPD, zu zeigen, ob es ihnen tatsächlich um das Wohl unserer Stadt oder nur um kurzlebige Beifallsbekundungen geht. Die CDU wird gerne – wenn sie denn kommt - in dieser Arbeitsgruppe mitwirken, aber auch darauf achten, ob dies endlich mal auf Augenhöhe geschehen darf.

Wenn ich die, wenn auch nur teilweise, gute Information unserer Heimatpresse vom 30.09.2015 aufgreife, die zu der Feststellung kam: „Steuer sprudelt, aber im Etat klafft ein Loch“, so halte ich fest: „Das Sprudeln

werden wir ja wohl nicht verhindern wollen, am klaffenden Loch müssen wir aber unbedingt arbeiten. Nachzahlungen und Schlüsselzuweisungen sind passende Schlagworte, denen ich hier wiederholend meine letztjährigen Ausführungen hinzufüge und erneut feststelle, dass das Konnexitätsprinzip wieder uneingeschränkte Geltung haben muss, die Gemeindefinanzierung einer dringenden Überarbeitung bedarf, aber auch – und das sage ich ja im Namen der CDU Fraktion seit längerer Zeit – müssen sich die Verhaltensweisen vor Ort ändern. Auch wird hier ja ständig die Umlage an die Städteregion ins Feld geführt. Letztes Jahr habe ich sie schon daran erinnert – meine Damen und Herren der SPD – dass deutlich mehr von der Städteregion zurückbezahlt wird als von Eschweiler an die Städteregion gezahlt wurde. Und das stimmt. Es stand ja auch in der Zeitung, mit der zusätzlichen Feststellung: „Gegenseitige Schuldzuweisungen helfen da nicht weiter. Sie sind bloß Kasperletheater.“ Dieser Feststellung habe ich nichts hinzuzufügen. Ich sagte schon, dass ich vieles unserer Heimatpresse entnehme. Und wenn ein anderer Redakteur, wie er schrieb, unter Tränen feststellte, „dass mit den Millionen des RWE-Konzerns Ungemach drohe, weil Eschweiler dadurch bei den Schlüsselzuweisungen stärker werde; und das sei nun mal keine gute Nachricht, weil Abgaben steigen würden und im Gegenzug der Anteil an der Gewerbesteuer-Umlage sinke. Auch mich hat diese Feststellung emotional sehr gepackt und Tränen auf diese Mitteilung fließen lassen. Aufgebaut hat mich erst wieder die Mitteilung unseres Stadtkämmerers vom 30.09.2015, als ich lesen durfte: „Bis 2019 keine weiteren Steuererhöhungen geplant.“ Die wurden ja auch erst zweimal in Folge erhöht. Diese Stellschraube darf man nicht überdrehen und muss vielmehr an der Ausgabenschraube drehen. Ich weiß nicht, welche Fraktion heute noch in diese Richtung sprechen wird, appelliere aber an alle hier im Rat mitwirkenden Parteien, gemeinsame und ernsthafte Überlegungen anzustellen, wieder Wasser unter unser Schiff zu bringen um es wieder flott zu machen. Sand im Getriebe führt zum Exitus, Sand unterm Kiel lässt das

Schiff nicht fahren.

Die CDU-Fraktion hat sich lange mit dem Haushalt befasst und hin und her überlegt, wie wir uns diesbezüglich sinnvoll mit Verbesserungsvorschlägen einbringen können. Viele Wortmeldungen hatten im Tenor die Feststellung: „Die SPD macht ja doch was sie will.“ Wenn eine Fraktion zu der abschließenden Bewertung kommt, dass das Verhalten der SPD-Fraktion überfliegend ist und teilweise auch arrogante Züge hat, spürt man eben wenig Lust und verliert auch schnell die gute Laune, sich zielführend mit dem städtischen Haushalt zu befassen. Vergessen möchte ich an dieser Stelle nicht und hebe dies ausdrücklich und unmissverständlich hervor, dass ich mich im Namen der CDU-Fraktion für die wohlwollende unterstützende Arbeit unseres Kämmerers ganz herzlich bedanke, die uns nun wiederholt durch das umfangreiche und mehr als schwierige Haushaltswerk geführt hat. Nochmals ganz herzlichen Dank dafür. In diesen Dank schließe ich gerne auch Frau Merx ein, die dafür auch einen Teil ihrer Freizeit geopfert hat.

Meine Damen und Herren,

der Kämmerer bringt mit seiner Mannschaft den Haushalt wenige Monate vor Jahresende ein. Verantworten müssen die Ratsmitglieder diesen aber auch dann, wenn sie ihm die Zustimmung erteilen. Und diese Zustimmung wird die CDU ganz bewusst aus nachvollziehbaren Gründen, die ich glaube ausführlich dargelegt zu haben, verweigern.

Wahlergebnisse haben wir zu tolerieren – Überheblichkeit nicht. Die CDU-Fraktion bietet erneut die Zusammenarbeit an, auch wenn damit schwierige und unpopuläre Entscheidungen verbunden sind. An anderen Stellen ist dies erfreulich und mit guten Ergebnissen gelungen.

Es macht eben keinen Sinn, mit einer großen Leiter einen Kirschbaum erklimmen zu wollen, wenn da ohnehin keine Kirschen mehr hängen. Das Blühen eines Baumes ist wohl für jeden Menschen ein erfreuliches Erlebnis. Wenn er dann noch Früchte trägt, dann ist das umso erfreulicher. Mit flammenden Reden und Ankündigungen wird unser Baum immer wieder zum Blühen gebracht. Die wenigen Früchte bezahlen wir aber immer mehr mit geliehenem Geld. Übertragen sie das mal auf einen Privathaushalt, meine Damen und Herren der SPD.

Ein bereits verstorbener Schauspieler – Theo Lingen hieß der gute Mann – hatte in vergleichbaren Fällen immer eine Kurzkomentierung: „Traurig, traurig, traurig“. Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.